GEORG WEBER

Zum Struktur- und Funktionswandel der siebenbürgisch-sächsischen Nachbarschaft in Rumänien und Westdeutschland

Eingrenzung, Begriffe, Intentionen

Bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts ist historisch und volkskundlich über die Nachbarschaft der Siebenbürger Sachsen relativ viel geschrieben worden. Seither ist es aus verständlichen Gründen um jenes bedeutsame „Sozialinstitut“ einer ethnischen Minderheit relativ ruhig geworden. Lediglich eine erwähnenswerte sozialgeschichtliche Monographie neueren Datums mit dem Titel „Nachbarschaft und Modernisierung“ (Schubert 1980) ist dazu erschienen. Mit der vorliegenden Arbeit greife ich als *Soziologe* das Thema wieder auf und frage exemplarisch nach dem Struktur- und Funktionswandel der Nachbarschaft. Dies tue ich aus mindestens zwei Gründen: Einmal weil ich zu beobachtenden sozialromantischen landsmannschaftlichen Erwartungen vorbeugen möchte und zum anderen weil soziologisch über diesen speziellen Gegenstand bisher wenig nachgedacht wurde, ich aber eine interdisziplinär geführte Diskussion hoch einschätze.

Unter Sozialstruktur verstehen Soziologen in der Regel einen relativ kontinuierlichen und erkennbaren funktionalen Zusammenhang von sozialen Einheiten in der Gesellschaft. Die Nachbarschaft der Siebenbürger Sachsen kann als eine derartige soziale Einheit gesehen werden, in der unter anderem soziale Beziehungen intern und nach außen gepflegt und reguliert werden. Welche Strukturelemente für sie konstitutiv waren und sind und wie sie miteinander verknüpft waren und sind, wird eine der zu beantworteten Fragen sein.

Der Funktionsbegriff beschreibt – zumindest in der strukturell-funktionalen Systemtheorie – das Verhältnis der Teile zum Ganzen des sozialen Systems. Indem wir die Nachbarschaft z.B. nach ihren Leistungen für die Lösung von Bestands-, Knappheits- und Dissensproblemen einer siebenbürgisch-sächsischen Gemeinde oder ethnischen Gesellschaft auf lokaler Basis befragen, fragen wir nach den Funktionen ihrer Systemstruktur. Denkbar ist auch die Frage nach den Leistungen der Nachbarschaft im Blick auf die Mitglieder. Dabei kommen dann Themen zur Sprache, wie Identitätsaufbau und Identitätskontinuität, Konfliktvermeidungs- und Konfliktbewältigungsstrategien, Handlungsorientierung und Sanktionsmechanismen. Beide Ebenen sollen im folgenden, wenngleich nicht systematisch getrennt, bedacht werden.

Schließlich muß noch eine kurze Bemerkung zu dem dritten Kardinalbegriff in unserem Thema, nämlich dem „Wandel“ gemacht werden. Die Definitionen sozialen Wandels reichen in der Soziologie von Veränderungen im Blick auf Herrschaftspositionen bis zur Veränderung von Wertsystemen, vom Wandel

sozialer Beziehungen und Rollen bis hin zur Umstrukturierung von Gesellschaftstypen. Neben den Definitionen findet man eine Fülle von Theorien, Modellen, Konzepten, Metatheorien und komparativen Analysen sozialen Wandels. Diese Diskussion kann ich hier weder referieren, noch will ich sie durch eine neue Definition oder Theorie zusätzlich verwirren.

Meiner Analyse des Wandels liegt die Modellvorstellung zu Grunde. Dabei verstehe ich unter Modellen „stilisierende Rekonstruktionen von Realitätsausschnitten, die den Zusammenhang oder Ablauf beobachtbarer Phänomene stark vereinfacht wiedergeben“ (Zapf 1971: 14). Sie bilden Zusammenhänge und Abläufe eher ab, als daß sie sie im deduzierenden Sinne exakt erklären. Konkret: Indem ich das traditionale Nachbarschaftsmodell in Siebenbürgen bis zum 2. Weltkrieg, das neue siebenbürgisch-sächsische Nachbarschaftsmodell in drei Siedlungen der Bundesrepublik Deutschland ab 1953 und das heutige Nachbarschaftsmodell in einer Landgemeinde Siebenbürgens deskriptiv-analytisch hintereinanderschalte und miteinander vergleiche, meine ich, in, mit und unter der komparativen Analyse sozialen Wandel zur Sprache bringen zu können. Das vibrierende Netz wird also an drei Fixpunkten festgehalten und die Differenz als Wandel beschrieben und zum Teil expliziert.

Wenn im folgenden die traditionale Nachbarschaft mit dem Begriff „Institution“ belegt wird, so klingen damit Grundmerkmale an, wie Regulativmuster, Gegenständlichkeit, Macht, moralische Autorität. Meine Ausführungen stützen sich auf Quellenstudium, eine von mir ab 1960 gemachte empirische Untersuchung (Weber 1968), auf fortlaufende teilnehmende Beobachtung und auf Interviews mit Schlüsselpersonen in den Siedlungen und dem heutigen Rumänien.

HISTORISCHE ASPEKTE DER TRADITIONALEN SIEBENBÜRGISCH-SÄCHSISCHEN NACHBARSCHAFT

Die Institution der Nachbarschaft wurde vermutlich von den im wesentlichen vom Niederrhein, von der Mosel und aus dem heutigen Luxemburg stammenden „prieores flandrenses“ um die Mitte des 12. Jahrhunderts nach Siebenbürgen mitgebracht (Zimmermann 1885: 47; Schullerus 1926: 155; Fronius 1883: 84). Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist ein Zusammenhang zwischen Nachbarschaft und der alten Markverfassung, also dem genossenschaftlich gegliederten Dorfverband, zu vermuten (Wittstock 1928: 364). Sowohl im moselfränkischen Stammland als auch in Siebenbürgen standen ursprünglich im Mittelpunkt des Nachbarschaftsverbandes „die Pflege des gemeinsamen Brunnens und die würdige Ausgestaltung der Totenfeier“ (Schullerus 1926: 155). Im Laufe der Zeit haben die Kommunalverwaltungen in Siebenbürgen immer wieder versucht, die Nachbarschaften der Städte und Dörfer

durch Zuweisung öffentlicher Ausgaben an sich zu binden. So betraute man sie etwa in den Städten sehr bald mit Wach- und Verteidigungsaufgaben an den Stadttoren (Zimmermann 1885:49), oder der Magistrat wies ihnen Feuer-, Nacht- und Predigthut zu, beauftragte sie mit der Regelung des Weinausschanks, der Abwehr des Erwerbs von Häusern durch Fremdnationen, der Einteilung und Eintreibung von Steuerlasten etc. (Schullerus 1926:157). Doch allen Einschmelzungsversuchen (Zimmermann 1885:63) zum Trotz konnten sich die Nachbarschaften, aufs ganze gesehen, als selbständige soziale Einheiten gegenüber den Kommunalbehörden behaupten. Die „Siebenbürgische Kirche sächsischer Nation“ hat sich seit dem 17. Jahrhundert bewußt der Nachbarschaft als Instrument sittlicher Erziehung, kirchlicher Kontrolle und Sanktion bedient.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rief vor allem Bischof G.D. Teutsch bei seinen Kirchenvisitationen, die er als erster siebenbürgisch-sächsischer Bischof in allen Gemeinden der Landeskirche vornahm, in Gemeinden, in denen die Nachbarschaft als kirchlich-ethnische Institution nicht oder nicht mehr vorhanden war, immer wieder dazu auf, die Nachbarschaft neu einzurichten (Teutsch 1925:17, 88f, 131f). Gemäß eines Erlasses des ungarischen Innenministeriums vom 29.4.1891 verlor sie zwar ihre öffentlich-rechtliche Funktion als autonomes Teilgebilde der Dorfgemeinde oder der städtischen Bürgerschaft, doch an ihrem Fortbestand auf dem Lande und an ihrer Funktionsfähigkeit änderte sich dadurch faktisch nichts.

In den sächsischen Städten, wo die Nachbarschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur noch vereinzelt funktionsfähig waren, wurden sie nach dem ersten Weltkrieg „als Mittel völkischer Verteidigung wieder belebt“ und nahmen, ihrem „Wesenszuge folgend“, mit der Kirche selbstverständlich Fühlung auf (Schullerus 1926:158). Sie erwiesen sich danach für das Leben der ethnischen Kirchengemeinde auch in den Städten bei Veranstaltungen aller Art, der Durchführung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben und Stärkung ethnischen Zusammenhalts wieder als wertvolle Stützen.

Erst Anfang der dreißiger Jahre mußten die Nachbarschaften in den Städten infolge neuer politischer Konstellationen ihr kirchliches Vorzeichen streichen und wurden zu „völkischen Nachbarschaften“ erweitert, d.h. aber, sie standen nun auch der kleinen Zahl von Sachsen katholischer Konfession offen (Schunn 1936). Auf den Dörfern jedoch blieben die Nachbarschaften wie von alters her Institutionen der ethnischen Kirchengemeinde – das Gewohnheitsrecht obsiegte hier über aufgeregtes Alltagsgezänk.

Hatten sich in früheren Jahrhunderten die einzelnen Nachbarschaften größtenteils ihre eigenen „Satzungen“ gegeben (Zimmermann 1885:131ff), so wurden sie später in den Städten zum Teil vom Magistrat unter Mitarbeit

der Nachbarschaftshannen entworfen oder für die Landgemeinden von dem jeweiligen Orts-, Bezirks- oder dem Landeskonsistorium, also von kirchlichen Instanzen, konzipiert, denen sie bis 1944 auch rechtlich unterstanden. Daß diese „von oben“ verfaßten „uniformen“ Satzungen nie ganz in die lokal bedingten Traditionen der Nachbarschaft Eingang fanden, war ein offenes Geheimnis. Aus diesem Grunde wird im folgenden bei der Darstellung der Struktur und der Funktionen der Nachbarschaft nicht nur die stark formalisierte „Nachbarschaftsordnung für die Landgemeinden der evangelischen Landeskirche A.B. in Siebenbürgen“ (Teutsch 1922: 318ff) gewissermaßen als „institutionelle Blaupause“ herangezogen, sondern daneben noch andere Satzungen und Statuten aus verschiedenen Gemeinden, die z.T. noch bis Ende des 2. Weltkriegs Gültigkeit hatten.

STRUKTUREN SIEBENBÜRGISCH-SÄCHSISCHER NACHBARSCHAFTEN

1. Strukturmerkmale der traditionellen Nachbarschaft

Der Begriff „Nachbarschaft“ im heute von Soziologen, Städteplanern und Volkskundlern gebrauchten Sinne ist sehr vieldeutig und schillernd. Hinter der Bezeichnung verbergen sie z.T. synonyme, z.T. auch heterogene Vorstellungen über Aufbau, Ausdehnung, Wirkweisen und Wesen der „Nachbarschaft“ (Klages 1958: 42; Pfeil 1958: 163; Schubert 1980: 16 ff). Mir kommt es im Rahmen meiner Fragestellung nicht darauf an, den vielen Definitionen von dem, was Nachbarschaft sei, noch eine essentialistische hinzuzufügen. Vielmehr werde ich analysierend einen Einblick in die Struktur der siebenbürgischen Nachbarschaft geben und damit eine mögliche historische Ausformung der Institution präsentieren.

In den sächsischen Dörfern und Märkten Siebenbürgens trat jedes sächsische Mitglied einer Kirchengemeinde aus der Bruderschaft – sie umfaßte die gesamte männliche Gemeindejugend – nach vollendetem 24. Lebensjahr oder nach der Heirat in die Nachbarschaft ein (Teutsch 1922: 138, § 1). Der Beitritt war nicht in das Belieben des einzelnen gestellt, sondern Tradition und Satzungen der „globalen Gesellschaft auf lokaler Basis“ trugen die Forderung an jedes ihrer Mitglieder heran, sich in die Kette von Generationen einzureihen. Es ist kein Fall bekannt geworden, daß jemand diesen Erwartungen nicht entsprochen hätte. Zwar kam es vor, daß Leute auf Grund wirtschaftlicher Not, Militärdienst oder ähnlichem ihre Heimatgemeinden vorübergehend verließen, mit erweitertem Horizont zurückkamen und die traditionelle Ordnung vergleichend kritisierten; letztlich aber war dann doch die integrative Kraft der ethnischen Gemeinde stärker als der einzelne und band ihn wieder ein.

Doch nicht nur die Art des Beitritts war traditionell gesteuert und beruhte nicht auf Freiwilligkeit, sondern die Ordnung bestimmte auch, welcher Nachbarschaft der einzelne sich anschließen hatte. Da nahezu jede Territorialkirchengemeinde in Nachbarschaften eingeteilt war (Teutsch 1922: 318, § 2; Zimmermann 1885: 53, 55, 58), hatte jeder der lokalen Nachbarschaft anzugehören, in deren Bereich sein Hof oder seine Wohnung lag. Das *Territorialprinzip* war also bestimmend für die Zugehörigkeit. Eine „Wahlnachbarschaft“ wurde nicht geduldet (Schuller 1906: 156, Pkt. 6). So stand in jener stabilen Gesellschaft die Zugehörigkeit der meisten zu einer bestimmten „Nachbarschaftsgemeinschaft“ als der „urwüchsige(n) Grundlage der Gemeinde“ (Weber 1956: 217) bereits bei ihrer Geburt fest, auch wenn sie erst der formale Beitritt zu einem „Vollnachbarn“ mit allen Rechten und Pflichten machte.

Jede Nachbarschaft, unabhängig von ihrer Größe – in den Städten waren es vor dem zweiten Weltkrieg 100 bis 120 Familien –, war in Zehntschaften eingeteilt. Eine Zehntschaft umfaßte in den Dörfern je 16-20 aneinander liegende Bauernhöfe und in den Städten ca. zehn sächsische Familien (Schuler v. Libloy 1862: 143 ff; Müller 1941: 114, 169).

Neben der skizzierten Territorialstruktur der Nachbarschaft ist ein Einblick in ihre Binnenstruktur oder besser Sozialstruktur aufschlußreich. Jedes Mitglied der ethnischen Kirchengemeinde, das die Differenzierungsmerkmale männlich, sächsisch, evangelisch-lutherische Konfession und Erreichung des „statuarischen“ Alters besaß, gehörte je einer bestimmten Nachbarschaft an. Personen nicht sächsischer bzw. deutscher Sprache blieben also aus dem Nachbarschaftsverband – auch bei räumlicher Nähe – ausgeschlossen (Zimmermann 1885: 65). Jeder sächsischen Nachbarschaft stand ein „Nachbarvater“ vor, in den Dörfern der ältere Nachbarvater und in den Städten oder Märkten „Nachbarhann“ genannt. Der Nachbarvater wurde von allen „erbgesessenen Bürger(n) der Nachbarschaft“ (Fronius 1883: 96), denen auch das Vorschlagsrecht zustand, durch Zuruf oder geheim mit Stimmenmehrheit für ein oder zwei Jahre gewählt (Teutsch 1922: 320, § 6). In der Regel waren es alte, erfahrene Männer, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht, ein Leben gemäß den Erwartungen der sozialen Gruppe geführt und charismatische Führungsqualitäten hatten. Die Aufgaben des Nachbarvaters als eines institutionalisierten Rollenträgers der ethnischen Kirchengemeinde – in der Einheit von „Kirche und Welt“ – umschreibt prägnant etwa die Bistritzer Nachbarschaftsordnung von 1710:

„Er soll fest, steif und unbeweglich –
über den Artikeln halten“ (Fronius 1883: 96)

Diese Bestimmung weist in zwei Richtungen: 1. Der Nachbarvater hatte kraft seines Amtes die Übereinstimmung des Verhaltens der Nachbarn mit den „Artikeln“ zu überwachen. 2. Er selbst hatte durch sein Verhalten das in

den Statuten Geforderte glaubwürdig und vorbildlich zu leben. Darum wurde Ungehorsam gegen ihn höher bestraft, andererseits aber auch von der sozialen Gruppe an sein Verhalten ein strengerer Maßstab als ohnehin schon üblich angelegt (Fronius 1883:97). Der Nachbarvater hatte alle in der Nachbarschaft gültigen und hochgeschätzten Werte in persona zu repräsentieren und Devianztendenzen von außen oder innen abzuwehren. Alle seine Funktionen – Einberufung und Leitung von Versammlungen; Einteilung der Nachbarn zu kirchlichen und sozialen Hilfeleistungen und deren Überwachung; Weitergabe von Beschlüssen und Anordnungen von seiten des Presbyteriums, des Pfarramts oder der Kommunalbehörden; Benachrichtigung der zuständigen Stellen über soziale und wirtschaftliche Nöte in seiner Nachbarschaft; Schlichtung von ausgetragenen Streitigkeiten unter den Nachbarn; Sanierung von zerrütteten Ehen; Wahrung von Sitte und Brauchtum der Gemeinde; Übertragung und Überwachung der in der Gemeinde für gültig und wertvoll gehaltenen Verhaltensmuster auf die Jugend; Verhinderung des Verkaufs von sächsischem Grund und Boden an fremde Nationen; Vertretung der Nachbarschaft im Fürsorgeausschuß der ethnischen Kirchengemeinde und Bestrafung der Nachbarn bei inadäquatem Verhalten (Teutsch 1922: 320f, § 7) – alle diese Funktionen des Nachbarvaters waren nur Variationen zum selben Thema: Sicherung und Wahrung der Kontinuität und Funktionsfähigkeit durch traditionelle Kooperationsformen und „Integrationszwänge“ eines historisch gewordenen ethnisch-kirchlichen Gemeinwesens, das sich nach außen hin sichtbar und auch seiner Binnenstruktur nach deutlich von der es umgebenden fremdnationalen Gesellschaft abhob.

Bei der Wahrnehmung dieser Funktionen innerhalb der Nachbarschaft als eines Subsystems des ethnisch-kirchlichen Sozialsystems stand dem älteren der jüngere Nachbarvater zur Seite. In manchen Gemeinden wurde er von der Vollversammlung der Nachbarn gewählt, in anderen vom älteren Nachbarvater bestimmt. Seine Aufgaben waren neben der Unterstützung des älteren Nachbarvaters die stellvertretende Leitung der Nachbarschaft bei dessen Verhinderung. Außerdem verwaltete er die Nachbarschaftskasse, bewahrte die von der Nachbarschaft angekauften Geräte auf, führte Buch über Einnahmen und Ausgaben – zuweilen machte die Buchführung auch ein besonderer „Schreiber“ (Fronius 1883:97) – und gab am „Sittag“ darüber einen Rechenschaftsbericht, der in Landgemeinden vorher dem Presbyterium zur Überprüfung vorgelegt werden mußte.

Den beiden genannten Rollenträgern der Nachbarschaft stand ein Beirat beratend und helfend zur Seite, der in einigen Gemeinden Altschaft, in anderen auch einfach „die Beisitzer“ genannt wurde und sich aus ca. sechs an Alter, Weisheit und Lebenserfahrung reichen Männern zusammensetzte.

Da alle Nachbarschaftsämtler in einem Turnus von ein bis zwei Jahren ihre Rollenträger wechselten, hatte jede Nachbarschaft als genossenschaftlich-patriarchalisch gegliedertes Subsystem der ethnischen Kirchengemeinde eine relativ breite Basis an verantwortungsbereiten Mitarbeitern, die die Kontinuität der Gemeinde und ihrer Traditionen mit zu wahren halfen.

Doch die Sicherung des Fortbestandes der ethnisch-globalen Gesellschaft auf lokaler Basis garantierte nicht nur der strukturell-personale Aufbau der Nachbarschaften, sondern gemeinsamer Besitz band die Nachbarn zusätzlich aneinander und gewährleistete ebenfalls die Stabilität des bestehenden sozialen Systems. Zu dem gemeinsamen Nachbarschaftsbesitz gehörten in den Landgemeinden etwa Dreschmaschinen, Maisputzmaschinen, Meß- und Löscheräte aller Art, Kartoffelroder, Eßbestecke, Geschirr, Stühle und Tische für Hochzeiten, Totenbank. Jedoch als Identifikationssymbole für die Nachbarschaftsmitglieder fungierten nur zwei „Geräte“: das Nachbarzeichen und die Nachbarschaftslade. Beide wurden vom älteren Nachbarvater aufbewahrt. Ersteres – ein Holzbrett in Blatt- oder Wappenform – diente zur Nachrichtenübermittlung jeglicher Art. Mit Hilfe des Nachbarzeichens, das von Hof zu Hof weitergeleitet wurde und wird, lud bzw. lädt der Nachbarvater durch die Zehntmänner zu „Gericht“, Beratungen oder zu geselligem Beisammensein ein.

Die Nachbarschaftslade, meistens ein aus Holz handwerklich besonders kunstvoll gearbeiteter, rechteckiger, verschließbarer Kasten, diente „gleichsam (als) die Bundeslade der Nachbarn“ (Schuller 1922: 116); denn sie enthielt den „Bundesschluß“, verbalisiert und kodifiziert in den Nachbarschaftssatzungen, und die gemeinsame Kasse. Nach jeder Neuwahl des älteren Nachbarvaters wurde sie unter Beteiligung aller Nachbarn in feierlichem Zuge in dessen Haus gebracht. Den Schlüssel für die Lade aber bewahrte der jüngere Nachbarvater auf. An Sitt- und Richttagen stand sie immer, als „Zentralheiligtum“ inmitten der Nachbarn, um sie daran zu erinnern, daß hier nicht willkürlich belohnt und bestraft werde, sondern nach der „Väter Gesetz und Recht“, das auch für die lebende Generation seine Gültigkeit besaß. Die Nachbarschaftslade war sichtbares Zeichen für die in dieser traditionellen Gesellschaft vorherrschende Generationsorientierung. In ihr waren gewissermaßen die generalisierten gültigen Normen und Werte der Gesellschaft anschaulich untergebracht und verlangten nun vom einzelnen, in seine subjektive Motivationslage aufgenommen zu werden. Sie mahnte den einzelnen, sein Handeln nach den dort angegebenen Maximen auszurichten und drohte ihm gleichzeitig bei Nichtannahme der Gemeinschaftswerte und -normen mit Ausschluß aus dieser Gemeinschaft.

2. Strukturmerkmale der restituierten siebenbürgisch-sächsischen Nachbarschaften in der Bundesrepublik Deutschland

Zum besseren Verständnis dieser Strukturmerkmale – und auch der Funktionen – muß ich hier folgende Hintergrundinformationen vorausschicken:

Im Herbst 1944 wurden alle Siebenbürger Sachsen aus Nordsiebenbürgen systematisch evakuiert (Weber 1968: 157 ff). Sie treckten größtenteils durch Ungarn bis nach Österreich, wo sie die Kapitulation im Mai 1945, konzentriert in Flüchtlingslagern oder aufgeteilt bei Bauern, erlebten. Der wieder gegründete Staat Österreich stufte sie als „heimatlose Ausländer“ ein. Ihre Perspektivenlosigkeit in Österreich trieb sie auf die Suche nach Lebensmöglichkeiten in den USA, Kanada, Westdeutschland etc. Ein Teil der ehemaligen Bauern, Handwerker, Kaufleute und Intelligenzler entschloß sich 1953/54, an einer Umsiedlungsaktion in die Steinkohlezentren der Bundesrepublik Deutschland teilzunehmen. Sie wurden in drei geschlossenen Siedlungen – Oberhausen, Herten, Setterich – in industriellen Ballungszentren am Rande einer Großstadt, einer Mittelstadt und an der Peripherie eines Industriedorfes als Bergleute untergebracht. In dieser völlig neuen Umwelt organisierten sie ihr Sozialleben nach alten siebenbürgisch-sächsischen Mustern. Dabei restituierten sie auch die Institution Nachbarschaft. Welche Strukturmerkmale sie ihr damals verliehen, welche sie 1962 besaß und heute noch besitzt, soll kurz dargestellt werden.

Wie in den Herkunftsgemeinden, so wurden auch in den sozialen Verdichtungszentren der Siedlungen die Nachbarschaften nach dem *Territorialprinzip* organisiert (Weber 1968: 260 ff). Die Großstadt-Siedlung teilte man in fünf, die Mittelstadt-Siedlung in drei und die Industriedorf-Siedlung in vier Nachbarschaftseinheiten auf. Bei der Nachbarschaftsgliederung der Siedlungen hielt man sich streng an die topographischen Gegebenheiten, obwohl sich etwa im Industriedorf und in der Großstadt große Gruppen aus gleichen Herkunftsorten, die aber in den Siedlungen räumlich getrennt wohnten, heftig dagegen wehrten und eine Nachbarschaftseinteilung nach ehemaligen Herkunftsorten verlangten. Schließlich einigte man sich aber doch auf ein gemeinsames Vorgehen und schloß alle siebenbürgischen Bewohner eines großen Straßenzuges oder mehrerer kleinerer Wege und Straßen in räumlicher Nähe zu Nachbarschaftseinheiten zusammen. Auf diese Weise wurde tatsächlich eine Gruppenbildung nach Heimatgemeinden verhindert, und der Zusammenschluß aller Siedler zu einem sozio-kulturellen Subsystem gefördert. Da in allen drei Siedlungen über dreißig verschiedene Herkunftsorte repräsentiert waren, erlebten viele Siebenbürgen in seiner differenzierten Ausprägung hier zum ersten Mal.

Die Größenordnung der Nachbarschaften schwankte zwischen neunzehn und einundsechzig Familien und hielt sich damit im Rahmen der städtischen

Nachbarschaften Siebenbürgens und z.T. der in der BRD (Wurzbacher 1954: 112). Jedoch nur in der Großstadt-Siedlung übernahm man, nach altem Leitbild, die Zehntschaft als Unterabteilung der Nachbarschaft. Allerdings gehören dort jetzt nur noch zehn nebeneinander wohnende Nachbarn oder Wohnhäuser zu einer Zehntschaft.

Die Territorialstruktur der jetzigen Nachbarschaften wurde also, bis auf den Wegfall der Zehntschaften in zwei Siedlungen, im wesentlichen heimatlich städtischen Modellen nachgeformt und ist bis in die Gegenwart in derselben Gestalt prinzipiell durchgehalten worden. Die Territorialstruktur der traditionellen Nachbarschaft förderte gleichzeitig aber auch die Herausbildung eines neuen Typs von Nachbarschaft, den man etwa als *Wahnachbarschaft* charakterisieren könnte, weil sich bei ihm die Bindung von der räumlichen Grundlage gelöst und in eine psychische Begrenzung transformiert hat (Brepohl 1957: 336f).

Nahezu konstant wurde – zumindest in ihrem organisationellen Aufbau – die Binnenstruktur der Nachbarschaft durchgehalten. An der Spitze jeder Nachbarschaft steht in allen drei Siedlungen – wie einst in vielen sächsischen Gemeinden Siebenbürgens auch – die sogenannte Altschaft. Diese setzt sich allerdings nicht wie einst aus sechs „weisen“ Männern zusammen, sondern aus dem Altnachbarvater oder auch einfach Nachbarvater genannt, dem Jungnachbarvater als seinem Stellvertreter, einem Schriftführer, Kassierer, einer Nachbarmutter, zu denen in der Großstadt-Siedlung noch die Zehntmänner hinzukommen. Neu ist im Vergleich zu den ländlichen Nachbarschaften Siebenbürgens ferner, daß die Frauen der Nachbarschaft in der Altschaft durch eine Nachbarmutter vertreten sind. Darin deutet sich ein Wandel der Stellung der Frau in dem sozialen Subsystem der siebenbürgischen Siedler an. Die siebenbürgischen Frauen der Siedlungen waren hier nicht mehr gewillt, sich wie daheim nur patriarchalisch „bevormunden“ und dirigieren zu lassen, sondern sie verlangten in den Leitungsgremien Repräsentations-, Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte, die ihnen nach einer zweijährigen Auseinandersetzung mit den Trägern patriarchalischer Vorstellungen schließlich gewährt wurden. Doch nach wie vor liegt die eigentliche Leitung aller Nachbarschaften in den Händen der Nachbarväter, die ihre Aufgaben nach Absprache mit dem Nachbarhannen bzw. dem 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft wahrzunehmen haben. Die Nachbarmütter als Leiterinnen der in ihrer Nachbarschaft wohnenden Frauen sind gehalten, ihren Nachbarvater über geplante Frauenveranstaltungen und Arbeitsvorhaben jeweils zu informieren und dessen Plazet dafür einzuholen.

Jeder Altnachbarvater vertritt seine Nachbarschaft in gemeinsamen Beratungen mit den übrigen Leitern der formalen Gruppen der Siedlungen, aber auch einheimischen Vereinen, Behörden und Verbänden gegenüber. Weiter

ist er „verantwortlich für eine rasche und gute Verständigung und Unterrichtung seiner Nachbarschaft. Er muß über alle Familien und deren wirtschaftliche Verhältnisse unterrichtet sein, um eine notwendig werdende Hilfe zu steuern. Er muß seine Nachbarschaft ideell zusammenhalten. Er organisiert Zusammenkünfte, Besprechungen und Veranstaltungen nach Zustimmung des Nachbarhannen“ (Satzung: 3, § 3, III) als Leiter der Siedlung. Hiernach soll also der Nachbarvater die Hauptfigur jeder Nachbarschaft sein.

Er und alle sonstigen männlichen institutionalisierten Rollenträger der Nachbarschaft werden nach dem gleichen Wahlmodus ermittelt. Ihre Wahl erfolgt durch alle männlichen Mitglieder der Nachbarschaft nach geheimem, gleichem und direktem Wahlrecht. In gleicher Weise wählen auch die Frauen für die Dauer von zwei Jahren ihre „Amtspersonen“. Verwaltet ein Mitglied der Altschaft sein Amt nicht zufriedenstellend, d.h. handelt es nicht entsprechend den Zielvorstellungen der Nachbarschaft, so können die Nachbarn die Einberufung einer Mitgliederversammlung vom Nachbarvater verlangen, in der über Sanktionen bis hin zur Absetzung des inkriminierten Amtsträgers beraten und beschlossen werden kann. Doch ein solcher Fall ist bisher nur in einer Nachbarschaft vorgekommen. Abgesehen von solchem Begehren ist der Altnachbarvater verpflichtet, die Altschaft vierteljährlich und die Nachbarschaftsmitglieder jährlich mindestens einmal zu einer geschlossenen Versammlung einzuberufen. In der „Jahreshauptversammlung“, in Siebenbürgen „Richttag“ genannt, soll „Rechnung abgelegt“ werden „über das Leben der Nachbarschaft, über Vorkommnisse und Verstöße“, sollen der Kassenbericht vorgelegt und fällige Neuwahlen vorgenommen werden. In der Regel folgt auch hier – formal wie in Siebenbürgen, jedoch strukturell total unterschiedlich – dem geschäftlichen ein geselliger Teil mit Tanz, Verlosungen von Handarbeiten, Darbietungen von Heimatgedichten oder Einaktern in siebenbürgischer Mundart, wozu jeweils alle Siebenbürger der Siedlung, einschließlich der konfirmierten Jugend, eingeladen werden. In Siebenbürgen war die Jugend von solchen Veranstaltungen ausgeschlossen. Sie führte ihr geselliges Leben streng gesondert von den Erwachsenen in relativ eigener Regie, d.h. unter Aufsicht der vom Presbyterium bestellten Knechtväter. In den Siedlungen lädt sie ihrerseits zu eigenen größeren Veranstaltungen immer auch alle Erwachsenen ein. In diesem Wandel „öffentlicher“ Kommunikation zwischen Erwachsenenwelt und Jugend spiegelt sich aber ein Abbau der durch das Alter bedingten einstigen scharfen Trennung von Jugend und Erwachsenen, der seine Legitimation gerade nicht aus der Vergangenheit, sondern aus dem Wertklima der Aufnahmegesellschaft bezieht.

Doch kehren wir zur Binnenstruktur der Nachbarschaft zurück. Es hat sich gezeigt, daß ihr Aufbaugesüge im Vergleich zu Siebenbürgen sich nicht gravierend verändert hat, d.h. ihre Stellengliederung, Aufgabenverteilung und Instanzenordnung ist trotz Umbettung in eine anders strukturierte gesellschaft-

liche Umwelt relativ konstant geblieben. Dies muß aber nicht heißen, daß damit auch ihre Stabilität von früher, also aus der Zeit, als die Nachbarschaft ihren Standort noch innerhalb der ethnischen Kirchengemeinde hatte, sich hier wieder eingependelt hätte. Um hierauf eine Antwort geben zu können, muß u.a. nach der *Art der Rekrutierung* von Nachbarschaftsmitgliedern in Siebenbürgen und in den Siedlungen gefragt werden. Oben habe ich bereits erwähnt, daß es für Männer in der bäuerlich-handwerklich-patriarchalisch-traditionalen Herkunftsgesellschaft der Siedler usus war, sich nach der Heirat seiner Nachbarschaft anzuschließen. Der Übertritt aus der Bruderschaft in die Nachbarschaft wurde von der globalen Gesellschaft auf lokaler Basis von jedem Jungverheirateten nicht nur erwartet, sondern auch über soziale Nötigungsmechanismen tatsächlich erwirkt. Die Mitgliedschaft kam also durch eine Art von „Pflicht-Zwang“ oder latente Sanktionsandrohung zustande. Da der Lebenszyklus gewissermaßen der Nachbarschaft neue Mitglieder zuführte, brauchte sie keine besonderen Maßnahmen zu treffen, um sich zu ergänzen.

Anders stellt sich die Art und Weise der Rekrutierung von Nachbarschaftsmitgliedern und deren Verbleib in den Nachbarschaften der Siedlungen dar. Die Mitgliedschaft beruht hier auf *Freiwilligkeit*, also einem typischen Strukturmerkmal des Vereins und nicht der Institution. Von der Nachbarschaft her gesehen, bilden Heirat bzw. die Vollendung des 24. Lebensjahres in der Mittelstadt und im Industriedorf – wie einst in Siebenbürgen – die Selektionsprinzipien für eine potentielle Aufnahme. In der Großstadt wurde die Altersgrenze auf 18 Jahre herabgesetzt – eine Konzession an die neuen Umstände. Daneben gelten in allen drei Siedlungen als weitere Selektionskriterien siebenbürgisch-sächsische Volkszugehörigkeit, unbescholtener Lebenswandel, Anerkennung und Billigung der „Organisationsziele“. Zwei Komplexe von Komponenten sind also hier beim Zustandekommen einer Mitgliedschaft wirksam: 1. Sieht der einzelne eine Mitgliedschaft für erstrebenswert an? 2. Entspricht er den Ausleseprinzipien der Nachbarschaft? Da es aber in der neuen Situation keine soziale Nötigung zum Beitritt gibt, sondern die Entscheidung für oder gegen eine Mitgliedschaft dem einzelnen anheimgestellt bleibt, sieht sich die Nachbarschaft gezwungen, um neue Mitglieder zu gewinnen und sie auch zu behalten, Anreize zu schaffen. Sie muß sich für potentielle Mitglieder attraktiv machen. Dies kann ihr kaum in so optimalem Maße gelingen, daß sie alle möglichen Mitglieder auch wirklich an sich binden könnte. Ferner muß sie in der neuen Umwelt mit dem Kalkül rechnen, daß sich schon gewonnene Mitglieder enttäuscht wieder abwenden. Das alles aber stellt ihre Stabilität und Kontinuität permanent in Frage.

Daß die Nachbarschaften der Siedlungen nicht mehr wie die in Siebenbürgen für jedermann ein präfabriziertes soziales Meublement zur Verfügung stellen, in dem sich alle seelisch einrichten müssen und dann auch wollen, zeigen einige Zahlen. Während in Siebenbürgen alle von mir Befragten, die vor

der Vertreibung geheiratet haben, einer Nachbarschaft angehört, steht in den Siedlungen, zumindest formal, nahezu ein Viertel aller potentiellen Mitglieder außerhalb einer Nachbarschaft. Auffallend hoch ist die Quote der Nicht-Mitglieder in der Großstadt-Siedlung. Weit über ein Drittel scheint einer Mitgliedschaft gleichgültig oder ablehnend gegenüber zu stehen. Und in der Tat sind dort seit 1967 die Nachbarschaften zu fast völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Das Gros der Mitglieder besteht aus den über 30-Jährigen. Die junge Generation macht von ihrem „Recht“, eine Mitgliedschaft zu erlangen, nur wenig Gebrauch, was aber für die weitere Zukunft der Nachbarschaften von ausschlaggebender Bedeutung sein dürfte. Doch wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß es in den Siedlungen nicht mehr gelingt, alle Siebenbürger in die Nachbarschaften zu integrieren.

Wenn hier schon nicht mehr alle Siebenbürger einer Nachbarschaft angehören, so ist zu fragen, ob die Nachbarschaften sich *neue* und zusätzliche *Rekrutierungsreservoirs* erschlossen haben. Da in den Siedlungen mindestens jedes zweite Haus von Nicht-Siebenbürger Sachsen bewohnt wird, diese Wohnungen aber innerhalb des Territoriums einer siebenbürgischen Nachbarschaft liegen, wären die natürlichen Voraussetzungen für eine Mitgliederwerbung unter diesen Siedlern durchaus gegeben. Nun wurden zwar bisher keine formellen Werbeaktionen durchgeführt, um nicht-siebenbürgische Mitbewohner der Siedlungen den Nachbarschaften zuzuführen, doch die Nachbarschaftssatzungen erweichen ihre oben erwähnten Selektionsprinzipien insofern, als sie den Beitritt von Nicht-Siebenbürgern zumindest nicht grundsätzlich ablehnen. Bei einer erneuten Durchsicht der Mitgliederkarteien (1972) in allen drei Siedlungen ergab sich folgendes Bild: In der Mittelstadt gehörte nur eine gebürtige Österreicherin, die aber mit einem Siebenbürger verheiratet war, einer Nachbarschaft an. In der Großstadt waren Mitglieder nicht-siebenbürgischer Herkunft: eine Jugoslawiendeutsche, ein Ungar und einer aus Pommern, die beide siebenbürgische Frauen hatten, ferner ein Ehepaar aus dem rumänischen Banat und eins aus Jugoslawien. Im Industriedorf konnten auch nur zwei Österreicherinnen als nicht-siebenbürgische Mitglieder festgestellt werden, deren Ehemänner ebenfalls Siebenbürger Sachsen waren. Prozentual gesehen, liegen in allen drei Siedlungen die Mitglieder nicht-siebenbürgischer Herkunft weit unter einem Prozent. Aus dieser Beobachtung ergibt sich direkt und indirekt ein Dreifaches: 1. Das Internubium kann nur sehr bedingt als ein Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder angesehen werden, vielmehr scheint es den Trend aus der Nachbarschaft hinaus zu fördern. Der größte Teil von Siebenbürgern, die in den Siedlungen eine „Mischehe“ eingegangen sind, folgt eher dem nicht-siebenbürgischen Partner und stellt sich damit außerhalb der spezifisch siebenbürgischen Zusammenschlüsse. 2. Von den Mitbewohnern anderer Siedlungsgebiete hat kaum jemand von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Mitglied einer Nachbarschaft zu werden. Die wenigen Ausnahmen haben nahezu alle eine Gemeinsamkeit mit den Siebenbürgern,

nämlich, daß sie als Deutsche im Ausland geboren wurden. 3. Im Vergleich zu den traditionellen Nachbarschaften Siebenbürgens, die Nicht-Siebenbürger Sachsen verschlossen blieben, sind die Grenzen der restituierten Nachbarschaften für Nicht-Siebenbürger grundsätzlich offen. Es ist bisher in keiner der drei Siedlungen vorgekommen, daß jemand, der, ohne von Haus aus Siebenbürger Sachse zu sein, um die Mitgliedschaft in einer Nachbarschaft nachgesucht hätte, zurückgewiesen worden wäre.

3. Strukturmerkmale der siebenbürgisch-sächsischen Nachbarschaft in einer Gemeinde im heutigen Rumänien

Diese Gemeinde mit Namen Zendersch, rum. Senereuş, liegt im Zwischenkokelgebiet, abseits von der Europastraße 15, in einem Seitental der Kleinen Kokel. Ihre wirtschaftliche Bedeutung liegt im Weinbau und in der Erdgasgewinnung. Die heutige Bevölkerung setzt sich aus drei ethnischen Gruppen zusammen: Rumänen, Siebenbürger Sachsen und Zigeuner im Verhältnis 5:4:2 und umfaßt insgesamt 1147 Personen. 1930 lebten in der Gemeinde 1372 Menschen im ethnischen Verhältnis 0,5:12:1, dazu kamen noch sieben Ungarn als Dienstboten. Im September 1944 wurde die sächsische Bevölkerung zwangsevakuert. 1945 kehrte rund die Hälfte der Sachsen wieder zurück, fand jedoch die eigenen Höfe durch rumänische Siedler besetzt und war zunächst auch von der Gesetzgebung her gesehen rechtlos. Die andere Hälfte ehemals sächsischer Einwohner – ca. 600 an der Zahl – lebt heute in der Zerstreuung bis hin nach Schweden, USA und Australien. Jener Teil aber, der 1945 aus der Fremde in die Fremde heimkehrte, versuchte u.a. durch die Neuetablierung der Nachbarschaften, auch sozial wieder Fuß zu fassen. Da man im Vergleich zu früher auf die Hälfte geschrumpft war und nicht in eigenen Häusern lebte, richtete man nur *eine* Nachbarschaft ein, die alle männlichen verheirateten Siebenbürger Sachsen in der Gemeinde umschloß. Auf die territoriale Feingliederung von früher, nämlich vier Nachbarschaften oder auch „Vierteldorf“ genannt, verzichtete man. Erst Anfang der sechziger Jahre aktualisierte man das alte Leitbild und nahm eine Vierteilung des Dorfes vor. So hat die Gemeinde bis heute vier Nachbarschaften, in denen sich die jeweils räumlich Nahen – nach der Dorfstraßengliederung – zusammengeschlossen haben. *Rekrutierungsreservoir* ist nach wie vor ausschließlich die sächsische Bevölkerung, obwohl die Sachsen nicht mehr geschlossen siedeln. Weder ist bekannt, daß sich ein Sachse dieser Institution entzogen, noch daß ein Rumäne oder Zigeuner um Aufnahme gebeten hätte. Offensichtlich herrscht inzwischen Konsens darüber, daß die Nachbarschaft eine siebenbürgisch-sächsische Einrichtung ist. Dies auch deshalb, weil ein rumänisches Experiment, die Nachbarschaft zu imitieren, nach einem Jahr mangels Interesse scheiterte.

Blickt man auf die Binnenstruktur, so ist – im Vergleich zu früher – zunächst eine Reduktion der Zahl der Amtsträger zu konstatieren. Heute hat jede Nachbarschaft lediglich einen Nachbarvater und einen Zehntmann. Früher wurde jede Nachbarschaft von einem Alt- und Jungnachbarvater und vier Zehntmännern geleitet, denen bis 1914 die Altschaft zur Seite stand. Doch auch die Funktionen der Rollenträger sind erheblich geschrumpft. Für den Nachbarvater sind lediglich zwei Funktionen übrig geblieben: einmal die Leitung des sogenannten „Richttages“, der immer am 7. Februar in seinem Hause stattfindet, und zum anderen die beratende Funktion im Leitungsgremium der ethnischen Kirchengemeinde. Vom Zehntmann wird lediglich erwartet, daß er die Nachbarschaftstische und -bänke aufbewahrt, Nachrichten auf dem Nachbarzeichen – einem in Blattform ausgesägten Brett mit der Aufschrift „Oberste Nachbarschaft, Zendersch 1820“ – weitergibt und die Organisation von Arbeitseinsätzen für die ethnische Kirchengemeinde leitet. Formal kodifiziert sind auch die genannten Erwartungen an die Rollenträger nicht. Es gibt offiziell keine Nachbarschaftssatzung mehr. Doch die Verbindlichkeitsschwelle scheint deshalb nicht niedriger zu liegen als früher, weil sie durch Gewohnheitsrecht abgesichert ist. All die beobachteten Schrumpfererscheinungen sind nur Symptome für den neuen strukturellen Stellenwert der Nachbarschaft innerhalb der Gesellschaft auf lokaler Basis, also der Gesamtgemeinde als sozialem System. Während sie früher ein integraler Bestandteil jener Gesamtgesellschaft war – was sich weiter unten bei der Frage nach den Funktionen noch zeigen wird –, ist sie heute nur noch eine relativ formale soziale Einheit der siebenbürgisch-sächsischen Kirchengemeinde, die das Dach für alle Sachsen bietet, soweit sie evangelisch-lutherisch sind und nicht bei den Evangeliumschriften religiöse Sinngebung suchen.

FUNKTIONEN SIEBENBÜRGISCH-SÄCHSISCHER NACHBARSCHAFTEN

1. Funktionen der traditionellen Nachbarschaft*

An den Funktionen der Nachbarschaft bis zum 2. Weltkrieg läßt sich ihre Bedeutung in zwei Dimensionen ablesen: einmal für die Gesellschaft auf lokaler Basis als soziales System und zum anderen für den einzelnen. Eine detaillierte Analyse aller Funktionen etwa im Blick auf Bestand, Knappheit, Dissens und Identität der ethnischen Gruppe würde diesen Rahmen sprengen, darum beschränke ich mich auf drei Hauptfunktionen, nämlich die nachbarliche Hilfe, die Tradierung von Lebens- und Ordnungsvorstellungen und die Reglementierung und Kontrolle des sittlichen und kirchlichen Verhaltens des einzelnen.

Unter *Hilfe* verstehe ich in diesem Zusammenhang einen Beitrag zur Befriedigung von Bedürfnissen eines anderen oder mehrerer anderer Menschen, gesteuert und definiert durch Strukturen wechselseitigen Erwartens. Sie kommt also nur zustande, wenn und soweit sie erwartet wird. Damit sie aber erwartet wird, müssen kulturelle Verständigungsmuster bereitliegen, die eine gemeinsame Situationsdefinition überhaupt erst ermöglichen. Die Situationsdefinition besteht geradezu aus Annehmen, Ablehnen, Anbieten und Modifizieren solcher typisierter Erwartungen. Ein fundamentaler kultureller Erwartungstyp, der von den Siebenbürger Sachsen durchgängig zur Situationsdefinition herangezogen wurde, war die Sicherung ihres Bestandes in einer multiethnischen Umgebung. Eine bedeutende Realisierungschance dafür sah man in dem Institutionalisierungsmodus der Nachbarschaft. In ihr schien die Lösung eines gemeinsamen Grundproblems, das aller Hilfe vorausgeht, auf Dauer gestellt, nämlich das Problem des Ausgleichs von Kapazitäten und Bedürfnissen im zeitlichen Kontinuum. Handlungen, die sich mit der Lösung dieses Problems befaßten, wurden in der Nachbarschaft als Hilfe bewertet. Enge soziale Interdependenz und Kohäsion löste in Situationen, die gemeinsam als „Not“ definiert wurden, institutionalisierte Hilfehandlungen aus. Der Hilfe als Institution und normierte Verpflichtung räumte man also eine bevorzugte Stellung ein. Da das Leben um die Befriedigung weniger und allen bekannter Bedürfnisse kreiste, die Bedrohung durch die Umwelt groß, aber das Antwortrepertoire begrenzt war, da ferner selbst die Grundbedürfnisse der Gesellschaft auf lokaler Basis bedroht waren, duldeten Hilfe keinen Aufschub. Dementsprechend findet man als typische Form die Institutionalisierung reziproker Hilfe. Um also die Bestandsgefährdung zu reduzieren, synchronisierte man die Bedürfnisse und machte sie wartefähig durch zeitbeständige Reziprozität. Zu beachten ist, daß eine bewußte Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung in Form eines fixierten Vertrages fehlte. Der Beitrag zur Lösung eines Bedürfnisses wurde von allen als Gabe gesehen und erwartet. Eine objektive Bewertung der Gabe, abgelöst von der Situation, gab es nicht. Zwischen Leistung und Dankesverpflichtung bestand kein Bedingungsverhältnis, das gemessen und legitimiert werden mußte. Hilfe wurde als Abgabepflicht der Nachbarn nur dann ausgelöst, wenn relativer Überschuß vorhanden war. Dementsprechend blieb auch der Dank unspezifiziert. Wirtschaftliche Gegenleistung war nur eine der Dankesformen. Quantitäten spielten in der reziproken Hilfestruktur der Nachbarschaft keine Rolle. Verrechnungseinheiten gab es nicht.

Doch wie sahen einige faktische Situationen aus, in denen von der Nachbarschaft durch die Nachbarn Hilfe legitim erwartet werden konnte?

„Die Nachbarschaft dient dem Zwecke, gegenseitige Selbsthilfe der Nachbarn zu fördern, nachbarlich-brüderliche Gesinnung, . . . zu pflegen“ (Teutsch 1922: 319, § 4). Konkret hieß das: Jeder hatte seinem „Nahen“ beizustehen.

hen, der „etwas Schweres zu heben hat, so ihm allein zu schwer ist, es möge sein was es wolle, zu Ehren, Freud oder Bekümmernis“ (Fronius 1883: 87). Die Skala der institutionalisierten Nachbarhilfe war bis Ende 1944 noch sehr breit. Sie reichte, wie in früheren Jahrhunderten auch, von der Ausleihe des bei Hochzeiten benötigten Geschirrs (Bell 1930: 28), der pflichtmäßigen Teilnahme an der Hochzeit selbst, über die Hilfeleistung bei Bauvorhaben, die Besorgung von Feldarbeiten erkrankter Nachbarn, die stellvertretende Haushaltsführung einer erkrankten Nachbarin und deren Pflege, die Verteilung von Lasten eines durch Naturkatastrophen oder durch Schicksalsschläge besonders hart betroffenen Nachbarn auf alle, die Übernahme von Bürgschaften für zahlungsschwache Mitglieder bis hin zum Ehrengeliebt Verstorbenen und der finanziellen Unterstützung der Hinterbliebenen aus der nachbarlichen „Sterbekasse“. St.L. Roth (1896: 279) konnte die Essenz der Nachbarschaft geradezu im Blick auf diese Funktionen hin definieren:

„Die aus einem Brunnen tranken, Brot aus einem Ofen aßen, die die Nachthut für einander hielten, die sich ihre Wohnhäuser aus gemeinschaftlicher Kraft aufrichteten, in Krankheits- und Unglücksfällen den Willen der Anverwandten hatten, die endlich einmal alle auf derselben Totenbank ruhten, die sich einander ihre Gräber gruben, eigenhändig ihre Toten auf den Gottesacker trugen und die letzte traurige Ehre der Leichenbegleitung als eine Gemeinsamkeit erwiesen, beim Tränenbrote der Verschiedenen Verdienste rühmten und aus nachbarlichem Vermögen und Beruf für Witwen und Waisen sorgten – diese brüderliche Gesellschaft, durch Oertlichkeit bezeichnet, nannte sich die Nahen, die Nachbarschaft“.

Doch neben der Nachbarhilfe hatte die Nachbarschaft auch eine Anzahl von Aufgaben zu erfüllen, die die Funktionsfähigkeit und *Ordnung der Gemeinde* mit gewährleisteten. In früheren Jahrhunderten, aber z.T. auch noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein, gehörte die Nacht-, Tor-, Feld- und Gottesdienstthut, die Reinigung und Instandhaltung von Brunnen und Stauwehren, die Hilfeleistung bei Feuer- und Wassergefahr und die Sorge für die ethnische „Kontinuität“ sächsischer Gemeinden zu diesem Aufgabenkranz. Die Nachbarschaft half der ethnischen Kirchengemeinde vor allem, die anfallenden fürsorgerisch-karitativen Aufgaben zu bewältigen. Sie bestritt die Hand- und Spanndienste bei Schul-, Kirchen- und Gemeindesaalbauten; führte auf Ersuchen des Presbyteriums die Sammlungen durch und kassierte die Umlagen für Kirche und Schule; sie hatte die Pflicht, altes Brauchtum zu pflegen, „Tracht und Bauweise in Haus und Hof in Ehren und dauernder Übung zu erhalten“ (Teutsch 1922: 320, § 5, Pkt. j), ihre Mitglieder zu geselligen Veranstaltungen zu versammeln und dabei darauf zu achten, daß „diese in den Grenzen anständiger Mäßigkeit geübt und insbesondere ebenso der öffentliche wie der geheime Alkoholmißbrauch gemieden werden“ (Teutsch 1922: 319, § 5, Pkt. h).

Damit klingt bereits die dritte Hauptfunktion der Nachbarschaft an, die der *Reglementierung* und Kontrolle *sittlichen und kirchlichen Verhaltens* des einzelnen. Die Abwandlungen dieser Funktion sind so bunt und mannigfaltig wie das Leben selbst. Jedoch bereits ein kurzer Blick auf die Variationsbreite der Gebote und Verbote vermittelt ein eindruckliches Bild davon, wie der einzelne durch das Medium der Nachbarschaft sozialisiert und integriert wurde. So verboten die Artikel bei Strafe, daß Eheleute sich vor ihren Nachbarn hörbar zankten, Kinder ihre Eltern mißhandelten, streitende Nachbarn vor einem Schlichtungsversuch durch den Nachbarvater zum Richter liefen, Leute fluchten, schworen oder die Wahrsagerin befragten und Nachbarn sich gegenseitig die Dienstboten abspenstig machten (Fronius 1883:92). Ferner war verboten, an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten – Ausnahmen bildeten Notfälle –, zu kegeln, Karten zu spielen und zu jagen, die Einführung neuer Trachtenstücke, lautes Benehmen abends auf der Straße etc. (Schuller 1906: 118, 156, 158).

Einen sehr breiten Raum nehmen die Bestimmungen über das kirchliche Verhalten ein. Daß darin der Gottesdienstbesuch gefordert wird, ist selbstverständlich (Fronius 1883:94; Teutsch 1922: 319, § 5, Pkt. a). Ebenso selbstverständlich wird auch der Abendmahlsbesuch erwartet (Fronius 1883:95; Schuller 1906:140). In vielen Landgemeinden war es noch bis 1944 Sitte, nachbarschaftsweise zum Abendmahl zu gehen. Miteinander im Streit liegende Nachbarn hatten sich am sogenannten „Versöhnabend“, d.h. an dem vorletzten Abend vor dem Abendmahlsgang, in Anwesenheit von Nachbarvater und Altschaft auszusöhnen – gewöhnlich viermal im Jahr. Geling die Aussöhnung nicht, so wurden sie dem Pfarrer angezeigt und nicht zum Abendmahl zugelassen (Schuller 1906: 139 f; Fronius 1883: 102 f).

Sowohl das Leben des einzelnen als auch die Formen des Zusammenlebens wurden also streng reglementiert. Die zu spielenden Rollen waren genau definiert, die Maximen des Handelns angegeben, und die Nachbarschaft als Institution hatte die Aufgabe, die Objektivität des sozialen Geschehens und Handelns gegenüber etwaigen „freischwebenden“ individuellen Motivationen zu sichern. Dazu bediente sie sich u.a. des Sitt- oder Richttages als einer Form institutionalisierter sozialer Kontrolle.

Die soziale Kontrolle als „ein zentraler Bestandteil aller Prozesse der sozialen Integration“ (König 1958: 257) wurde in den siebenbürgischen Nachbarschaften sicherlich nicht nur am Sitt- und Richttag geübt, sondern dauernd durch institutionalisierte Rollenträger, wie die Nachbarväter oder auch an den „Versöhnabenden“. Doch der Sitt- und Richttag ist wohl das umfassendste Modell für eine institutionalisierte soziale Kontrolle, die durch das Medium der Nachbarschaft geschah. An ihm würden die in den Satzungen kodifizierten Normen und Werte mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, d.h. mit dem

Handeln der Nachbarn, konfrontiert und Übertretungen mit den satzungsmäßig festgelegten Geldstrafen bis hin zum förmlichen Ausschluß sanktioniert.

Einmal im Jahr, am Dienstag vor Aschermittwoch, traten alle Nachbarn im Feiertagsgewand meist im Hause des älteren Nachbarvaters zusammen, „um Gericht zu halten“. Neben der geöffneten Nachbarschaftslade stehend, dankte der Nachbarvater in formelhafter Rede für die „zeitlichen und ewigen Güter“, mit denen Gott, der Herr die Gemeinde im verflossenen Jahr gesegnet habe und befahl sie auch weiterhin seinem Schutz an. Dann ließ er oft in einem bekenntnismäßigen Summarium die Geschichte der Väter von der Einwanderung bis zur Gegenwart am geistigen Auge der Nachbarn vorüberziehen. Darauf forderte der Nachbarvater die Nachbarn auf:

„So tretet herzu und richtet! Euch alle aber, die ihr euch sträflich fühlt, fordere ich auf, daß ihr euch selbst anklagt. Denn, die freiwillig die Strafe erlegen, kommen mit der Hälfte zu. Werdet ihr aber angeklagt, so zahlt ihr die ganze Strafe. Hierzu fordert mich meine Amtspflicht auf, damit der Ungehorsam bestraft werde, der Fromme aber Ehre erhalte“ (Fronius 1883: 100).

Einer der Ältesten antwortete ebenfalls in stilisierter und stereotyper Rede, in der er nochmals den Zweck des Richttages angab, nämlich gegenseitige Überprüfung des Lebens im vergangenen Jahr an Hand der für alle geltenden Normen. Darauf traten die Nachbarn vor, die sich einer Normverletzung bewußt waren oder von Normüberschreitungen anderer wußten. Der Schreiber oder der jüngere Nachbarvater, die während des Jahres genau Buch darüber geführt hatten, wann und in welcher Form sich die einzelnen Nachbarn „non-konformistisch“ verhalten hatten, verlasen danach alle die zu richtenden Straftaten, und die Nachbarschaftsversammlung sprach ihr „schuldig“ oder „nicht schuldig“. Die sofort zu entrichtenden Straf gelder wurden in die Nachbarschaftslade gelegt.

Nach diesem „gerichtlichen“ Akt erfolgte die Aufnahme von jungen Nachbarn, die sich nach einem zwar nicht schriftlich, aber dennoch genau feststehenden Initiationsritual vollzog. Ihr folgten die Rechenschaftsberichte der Nachbarväter, die Neuwahlen, Planungen für das kommende Jahr und die feierliche Überbringung der Nachbarschaftslade in das Haus des neugewählten älteren Nachbarvaters. Den Ausklang bildete ein geselliges Beisammensein der Nachbarn, bei dem die „Einschenker“ für Ordnung sorgten.

Am Sitt- und Richttag wurde also die Gültigkeit der in der Nachbarschaft geltenden Werte, Normen, sozial-kulturellen Leitideen, Verhaltensregeln und Symbole bekräftigt, Mißachtung derselben bestraft und Spannungen und

Konflikte der Mitglieder untereinander ausgeglichen oder gar beseitigt. Durch die Bekräftigung der alten Handlungsnormen über den Weg von Sanktionen nahm gewissermaßen jedes Glied der Nachbarschaft jene Handlungsnormen neu in seine Persönlichkeitsstruktur auf. Dadurch aber wurde schließlich der ursprüngliche Konsolidierungsgrad der Nachbarschaft als Institution selbst wieder erreicht.

2. Funktionen der restituierten Nachbarschaften in der Bundesrepublik Deutschland

Die Restitution der Nachbarschaften in einer hoch komplexen industriellen Umgebung brachte im Blick auf die aufnehmenden Kirchengemeinden eine Desintegration der Nachbarschaften mit sich. Deutlich wurde ferner deren Umstrukturierung. Da sich mit ihrem Transport in einen Fremdbereich ihre Funktionsbedingungen veränderten, war anzunehmen, daß sich damit auch ihre Funktionen selbst wandeln würden. Ich frage also jetzt, ob; in welcher Weise und in welchem Ausmaß meine Hypothese stimmt. Dabei ziehe ich nur die bereits behandelten drei Funktionen der Nachbarschaft heran, nämlich die institutionalisierte Hilfe, Absicherung und Tradierung sächsischer Werte und Normen und die soziale Kontrolle.

Viele Formen der institutionalisierten nachbarlichen Hilfe in Siebenbürgen waren durch die bäuerlich-kleinstädtische Gesellschaftsstruktur bedingt. So sind etwa die stellvertretende Besorgung von Feldarbeiten erkrankter Nachbarn, die Verteilung von Lasten eines durch Katastrophen hart betroffenen Hofes auf alle Nachbarn, der nachbarschaftsweise Ankauf von Ackergeräten, Dreschmaschinen und dergleichen nur in einer Agrargesellschaft sinnvoll. Daß die traditional-siebenbürgischen Nachbarschaften infolge ihrer Transplantation in eine Industriegesellschaft solcher und ähnlicher Hilfeleistungen verlustig gingen, ist nicht verwunderlich. Basis und Kontext für derartige Hilfs- und Unterstützungsaktionen wurden ihnen entzogen.

Entzogen wurden ihnen weiter Funktionen, derer sich in der differenzierten Aufnahmegesellschaft längst andere Institutionen und Organisationen angenommen haben. So wurden die Wohnhäuser der Siedlungen nicht mit nachbarlicher Hilfe „aus gemeinschaftlicher Kraft“ errichtet, sondern von Siedlungsgesellschaften gebaut; die Gräber graben nicht, wie in Siebenbürgen, die Nachbarn, und sie tragen den Toten auch nicht zu Grabe, denn dafür sind Beerdigungsinstitute da; in Krankheit und bei Unglücksfällen, die die Finanzkraft einzelner Familien übersteigen, springt nicht die Nachbarschaft ein, sondern dafür sind Versicherungen zuständig; für Witwen und Waisen sorgen nicht die Nachbarschaften in Verbindung mit den Kirchengemeinden, sondern staatliche und private Institutionen. Kurz, die Nachbarschaften der

Siedlungen haben gegenüber denen Siebenbürgens erheblich weniger Hilfsfunktionen aufzuweisen.

Doch einige *Reste* institutionalisierter nachbarlicher Hilfe sind auch hier noch anzutreffen. So sorgen etwa, wie in Siebenbürgen, die Frauen der Nachbarschaften reihum für Familien, in denen die Mutter erkrankt ist; die Männer helfen sich z.T. nachbarschaftsweise beim Bau von Garagen oder Kleinviehställen; Rasenmäher und Gartenspritzgeräte wurden von den Nachbarschaften in Hertzen angeschafft; „ehrbaren“ Familien, die durch Ratenkäufe in finanzielle Bedrängnis geraten sind, greift die Nachbarschaft unter die Arme, und bei Beerdigungen geben die Blasmusikkapellen und – soweit der Arbeitsrhythmus es erlaubt – die Nachbarschaftsmitglieder dem Toten das Ehrengelicht und legen im Namen der Nachbarschaft oder aller Siedler aus Siebenbürgen einen Kranz nieder.

Neben diese alten Funktionsreste sind aber in den Siedlungen, entsprechend der neuen gesellschaftlichen Umwelt, einige *neue Funktionen* nachbarlicher Hilfe getreten. So wurden etwa anfangs Vertrauensleute in Sachen Lastenausgleich designiert, die jetzt den Siedlern auch beim Ausfüllen sonstiger Antragsformulare beratend und helfend zur Seite stehen. Man bestellte eigene Verbindungsmänner zu den Zechen, die auftretende Unstimmigkeiten aller Art mit den Arbeitgebern zu schlichten haben. Männer, die noch in Rumänien die Ackerbauschule besucht haben, beraten die Siedler nachbarschaftsweise im Gartenbau, in moderner Rasenpflege und Veredelungstechnik.

Nun hatten die Nachbarschaften Siebenbürgens – wie oben erwähnt – außer den genannten Formen unmittelbarer nachbarlicher Hilfe als Institutionen der ethnischen Kirchengemeinden in ihrer Einheit von „Kirche und Gesellschaft“ und damit auch der sächsischen politischen Gemeinden eine Reihe gemeinsamer Aufgaben von Dauercharakter, die an sie von den Gemeinden delegiert worden waren. Ich erinnere hier nur etwa an Aufgaben wie: Feld- und Weingartenhut in den Erntemonaten, Nachtwache, Instandhaltung der Nachbarschaftsbrunnen etc. Diese und ähnliche Funktionen siebenbürgischer Nachbarschaften, bedingt durch spezifisch gesellschaftliche und kirchliche Konstellationen, sind selbstverständlich in den Siedlungen auch verschwunden. Oder: Selbst wenn die Nachbarschaften der Siedlungen etwa strukturell in die kirchlichen Aufnahmegemeinden eingegliedert wären, könnten diese, *rebus sic stantibus*, sie nicht wie in Siebenbürgen mit der Eintreibung von Kirchensteuern beauftragen, da diese Aufgabe in der BRD im Lohnabzugsverfahren verankert ist.

Die politischen Aufnahmegemeinden haben die Nachbarschaften der Siedlungen lediglich als „infrastrukturelle Einheiten“ registriert. Sie können sie im Gegensatz zu den sächsischen Gemeinden Siebenbürgens nahezu ignorie-

ren, da die Funktionsfähigkeit der Gemeinden auch ohne die Mithilfe der Nachbarschaften gesichert ist. Denn öffentliche Aufgaben, mit denen in Siebenbürgen noch die Nachbarschaften betraut waren, werden hier von „sekundären Instanzen“ wahrgenommen. Die Nachbarschaften sind nicht mehr Teil-, sondern nur noch Subsysteme der Gemeinde, d.h. ihre Auflösung würde den Bestand der Gemeinden nicht gefährden.

Mit dem Transport der Nachbarschaften in ihren jetzigen Existenzbereich ging also ein nahezu totaler Abbau ihrer einstigen kirchlichen und kommunalen Funktionen Hand in Hand. Einen, freilich nach Form und Inhalt gewandelten Rest an öffentlicher Wirksamkeit der Nachbarschaften in den Siedlungen kann man höchstens noch darin sehen, daß die nachbarschaftlich organisierten Siedler bei Presbyter- und Kommunalwahlen geschlossen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen und es ihnen dadurch bisher – zumindest in Hertzen und Setterich – gelang, eigene Vertreter in Gemeinderäte und Presbyterien zu entsenden, die dort nicht nur als Interessenvertreter der Siedler fungieren, sondern auch an Problemen mitarbeiten, die das ganze Gemeinwesen betreffen. Ein direktes Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht jedoch haben die Nachbarschaften im Funktionssystem der Auffanggemeinden nicht. Sicher wäre an dieser Stelle nicht nur der enorme Funktionsabbau und Funktionswandel der Nachbarschaften im Blick auf Hilfe, Werte und Normen zu konstatieren, sondern auch eine Analyse der *neuen Struktur der Hilfe* nötig; doch wenige Anmerkungen dazu müssen hier genügen. Die – im Vergleich zu Siebenbürgen – hochgradige Arbeitsteilung und Schichtendifferenzierung in den Siedlungen machen es unwahrscheinlich, daß geholfen wird, weil man meint, selbst einmal in dieselbe Lage dessen zu kommen, dem man hilft. Ist aber die Umkehrarbeit der Lagen unwahrscheinlich, dann wird auch die Motivation zu reziproker Leistung von der des Helfens getrennt und etwa in die Form eines Vertrages übergeleitet. Die Beziehung Hilfe-Dank wandelt sich teilweise zum Recht. Die Motivation zum Helfen muß nunmehr auf Umwegen – etwa über Kulturmuster wie „mein Landsmann“ – beschafft werden. Die Hilfe wird zur guten Tat oder Tugend und signalisiert damit ihre gesellschaftliche Randstellung. Zwar soll in der Nachbarschaft geholfen werden, aber man muß nicht; zwar kann der Hilfesuchende an generalisierte und auch noch religiös abgestützte Motivationsmuster beim intendierten Landsmann als Helfer appellieren, jedoch ist die Hilfe für den Funktionszusammenhang der Gesellschaft auf lokaler Basis insgesamt nicht mehr konstitutiv wie in den Herkunftsgemeinden.

Doch was ist von den zwei weiteren Funktionen der Nachbarschaft, nämlich der Wertvermittlung und sozialen Kontrolle geblieben? Die Nachbarschaften der Siedlungen haben darauf verzichtet, in ihre Satzungen detaillierte Normen über das *sittliche und kirchliche Verhalten* aus den Nachbarschaftsstatuten Siebenbürgens zu übernehmen oder neue zu formulieren. Sie um-

schreiben lediglich global das erwartete Verhalten ihrer Mitglieder etwa so: Jedes Mitglied habe „einen unbescholtenen Lebenswandel“ zu führen, „sich in die Gemeinschaft einzufügen, der sieb.-sächs. Art treu zu bleiben“, „sich jederzeit nach Außen und Innen als Repräsentant“ der Nachbarschaft zu fühlen, „gegen die Nachbarschaftsordnung“ nicht zu verstoßen, „Sitte und Anstand“ zu wahren und dadurch eine „Schädigung des Ansehens“ der sächsischen Gemeinschaft zu vermeiden (Satzung: 1, § 2, Abs. I u. III, § 3, Abs. III). Was also der einzelne in den verschiedenen Lebensbereichen und -situationen zu tun und zu lassen hat, um den Grundverhaltensnormen zu entsprechen, wird hier nicht mehr gesagt. Auch die kirchlichen Verhaltensnormen werden in den Nachbarschaftssatzungen mit keinem Wort erwähnt. Es bleibt der Privatinitiative des einzelnen überlassen, ob und wie er sein Verhältnis zur hiesigen Kirche neu gestaltet und konkretisiert, nachdem die Nachbarschaften diesen Sektor aus ihrem Kompetenzbereich ausgeblendet haben. Selbstverständlich ist, der Freigabe kirchlichen Verhaltens entsprechend, in den Siedlungen auch der Versöhnabend vor dem Gang zum Abendmahl weggefallen. Da man eben nicht mehr, wie einst, nachbarschaftsweise am Abendmahl teilnimmt – falls überhaupt –, ist auch die institutionalisierte Versöhnung überflüssig geworden und damit ein Medium sozialer Kontrolle weggefallen.

Die „Zumutung einer spezifisch gearteten Lebensführung“ (M. Weber), wie sie sich in den Nachbarschaftssatzungen Siebenbürgens detailliert kodifiziert findet, war nur in einer Gesellschaftsform möglich, in der die Nachbargemeinschaft gewissermaßen noch eine menschliche Ubiquität darstellte. Die Festlegung der Lebensführung bis in die feinsten Einzelheiten war nur sinnvoll in einer Gesellschaft, in der Sitte und Brauchtum, Glaubens- und Lebensform, Tracht und Volkskunst, Mundart und Gewohnheitsrecht ineinander flossen; Privatleben, Arbeitsraum und Freizeitwelt aufs engste miteinander verquickt waren; alle Mitglieder einen ähnlichen Erfahrungshorizont besaßen und darum auch ähnliche Werte und Normen an das Leben herantrugen. In einer solchen Gesellschaft, in der alles auf Dauer, festen Bestand und Traditionsorientierung abgestellt war, die Lebenshaltungsunterschiede kaum sichtbar wurden, die Realkontaktfelder für alle ähnlich dicht waren, die Nachbarschaften Lebensformen der Gemeinde und nicht nur rationale Zweckformen darstellten, konnten diese auch noch das Leben des einzelnen bis in die feinsten Verästelungen festlegen. Da in der Aufnahmegesellschaft all diese Voraussetzungen kaum noch gegeben sind, können die Nachbarschaften auch keine „ubiquitären“ Institutionen im ursprünglichen Sinne mehr sein. Ihre Reduzierung auf rationale Zweckformen aber hat zur Folge, daß sie verschiedene Lebensbereiche, wie Berufswelt, Familienleben, Freizeitgestaltung der Selbstverantwortung des einzelnen überlassen müssen. Das wiederum bedeutet aber für die *soziale Kontrolle*: Weil die Nachbarschaften der Siedlungen den einzelnen nurmehr peripher einzubinden vermögen, können sie ihn auch nur partiell in Zucht nehmen. Die traditionellen Nachbarschaften konnten, ja

mußten das Verhalten des einzelnen im umfassenden Sinne kontrollieren, da das ganze Leben jedes Nachbarn vor aller Augen offen lag. Ihnen standen dafür auch feste Normen und Werte von unbezweifelnder Autorität zu Gebote. In den Siedlungen aber wird weder das Leben des einzelnen in seinen mannigfachen Bezügen der Öffentlichkeit sichtbar, noch gelten für alle dieselben Normen und Orientierungswerte als verpflichtend. Mit welchem Maßstab sollen die Nachbarschaften also hier bei der vorhandenen Normendynamik das Verhalten des einzelnen noch messen? Entsprechend ihrer Struktur und ihren Organisationszielen können sie den einzelnen nicht viel mehr als leerformelhaft auf sein Verhalten als Landsmann ansprechen und den Grad seiner Solidarität als Siebenbürger Sachse vage beurteilen.

Auf Grund all der genannten Faktoren ist in den Nachbarschaften der Siedlungen nicht nur keine so umfassende soziale Kontrolle mehr möglich, wie in Siebenbürgen, sondern auch auf dem schmalen landsmannschaftlichen Sektor, auf dem sie noch geübt werden könnte, erreicht sie nicht mehr den Intensitätsgrad von einst. So ist denn auch folgerichtig die in der Herkunftsgesellschaft von den Nachbarschaften am Sitt- und Richttag institutionalisierte soziale Kontrolle in den Siedlungen nicht mehr anzutreffen. Die Jahresversammlung der Nachbarschaften unterscheidet sich kaum von ähnlichen Generalversammlungen „landläufiger“ Vereine.

Die Kontrolle normgerechten Verhaltens setzt allgemein verbindliche Normen und Möglichkeiten der Überwachung von Attitüden und Aktionen voraus. Beide Voraussetzungen waren in den Nachbarschaften Siebenbürgens in höchstem Maße gegeben, und darum konnten diese auch eine wirksame Reglementierung und Überwachung des einzelnen ausführen. Beide Voraussetzungen sind in den restituierten Nachbarschaften kaum noch vorhanden, und darum haben sie nur noch minimale und indirekte Funktionen sozialer Kontrolle.

Dies soll jedoch nicht heißen, daß in den Siedlungen überhaupt keine soziale Kontrolle praktiziert würde. Sie wird nur nicht mehr formell in den Nachbarschaften vollzogen. Auf informeller Ebene sind auch dort im wesentlichen dieselben Kontrollmechanismen am Werke, die für die soziale Kontrolle in anderen Gruppen eine Rolle spielen. Die Voraussetzungen für ein Wirksamwerden informeller sozialer Kontrolle sind z.T. im räumlich nahen Beieinanderwohnen und im intensiven sozialen Zusammenhalt gegeben und sollen hier nicht weiter strukturiert werden.

Fazit: Im Vergleich zu Siebenbürgen muß für die Nachbarschaften der Siedlungen ein enormer Funktionsverlust konstatiert werden. Die Fülle ehemaliger Formen nachbarlicher Hilfe ist, entsprechend der neuen gesellschaftlichen Situation, auf ein Minimum zusammengeschrumpft, und nur wenige

neue Formen wurden entwickelt. Der einstmals bedeutsame Beitrag der Nachbarschaften zur Funktionsfähigkeit der siebenbürgischen Kirchen- und politischen Gemeinde ist in den Aufnahmegemeinden völlig weggefallen. Und von der einst strengen institutionellen Reglementierung und Überwachung des sittlichen und religiösen Verhaltens des einzelnen ist hier kaum noch etwas anzutreffen. Man kann deshalb ihren Wandel als „Wirklichkeitsverlust“ charakterisieren.

3. Funktionen der Nachbarschaft in Siebenbürgen heute

Um den Funktionswandel der Nachbarschaft in Zendersch plausibler machen zu können, seien noch einige strukturelle Veränderungen an seiner Basis und in seiner Umwelt zusätzlich aufgelistet (vgl. G. und R. Weber 1982). Bis zum Herbst 1944 – so sahen wir oben – war der Ort quantitativ und qualitativ von Siebenbürger Sachsen beherrscht. Wenige Zigeuner und noch weniger Rumänen wohnten und lebten an der Peripherie. Heute wird jeder Straßenzug des Ortes von allen drei Ethnien durchmustert, wobei die Rumänen dominieren. Früher lebte die Bevölkerung ausschließlich von Acker- und Weinbau, heute gibt es daneben Arbeitsmöglichkeiten im Handwerk und in der Gasförderung, Berufsmobilität und soziale Differenzierung haben unter Sachsen und Rumänen enorm zugenommen. Verkehrstechnisch ist der Ort besser erschlossen als 1944. Politisch gesehen, büßte die Gemeinde ihre ehemalige Selbständigkeit ein. Sie ist heute Teil einer Großgemeinde ohne eigenes Rathaus und autochthone politische und verwaltungsmäßige Vertretung. Im ökonomischen Bereich wurde alles „sozialisiert“ und wird seither dirigistisch geleitet, wobei die Führungselite zum Teil „Importware“ ist.

Da so viele Grundstrukturen in kurzer Zeit dramatisch verändert wurden, war auch ein Wandel der nach 1950 allmählich wieder etablierten Nachbarschaften und deren Funktionen zu erwarten. Zur oben bereits konstatierten Strukturschwäche gehört zusätzlich das Fehlen eines kodifizierten Organisationsstatuts. Die Funktionen sind also von mir nur durch teilnehmende Beobachtung und in einigen Explorativgesprächen mit Schlüsselpersonen ausgemacht worden.

Die familiäre *nachbarliche Hilfe* nahm bis Ende 1944 in den vier Nachbarschaften von Zendersch für die Existenz der einzelnen Familie eine Schlüsselrolle ein. Die oben erwähnten Einzelleistungen auf dieser Ebene sind heute nicht mehr institutionalisiert anzutreffen. Wo es z.B. keinen privaten Grundbesitz mehr gibt, braucht man demjenigen, der seinen Boden infolge von Zahlungsschwierigkeiten zu verlieren droht, logischerweise auch nicht mehr

nachbarschaftsweise aus der Misere zu helfen. Die familialen Hilfen werden heute ganz von der Verwandtschaft und nicht mehr von der Nachbarschaft erwartet und geleistet. Fällt die Verwandtschaft aus, dann springt dafür die ethnische Kirchengemeinde ein. Die Nachbarschaft hat für die Einzelfamilie lediglich eine latente Entlastungsfunktion, da sie bewußtseinsmäßig die Zugehörigkeit zu einer unmittelbaren sozialen Gruppe wach hält. Doch die unmittelbare Hilfe ist für sie und die Gemeinde nicht mehr konstitutiv. Der Bedarfsausgleich ist auf ein Problem der Geldverteilung durch komplexere Organisationen geschrumpft, deren Strukturen zwar prinzipiell durchsichtig und diskussionsfähig sind, jedoch dem einzelnen verborgen bleiben. Die Beziehung zwischen Hilfe und Dank ist nahezu ins Private und gesellschaftlich Marginale abgedrängt. Hilfe als Forderung würde als Zumutung empfunden, weil der Fordernde ja immer noch mehr Geld haben könnte als man selbst hat. Der Appell an Hilfsbereitschaft bleibt abstrakt, weil er nicht mehr ganz durch erfahrbare und beobachtbare Lebenssachverhalte abgedeckt wird. Die Sozialversicherung etwa des Nachbarn ist undurchsichtig und darum suspekt, auf jeden Fall wirkt sie aber für persönliche Hilfe demotivierend.

Blickt man nun auf die funktionale *Bedeutung* der Nachbarschaft für die *Gemeinde* Zendersch als System, so muß hier von einem totalen Funktionsverlust gesprochen werden. Bis Ende 1944 war die Nachbarschaft ein integraler Teil der Gesellschaft auf lokaler Basis und für deren Bestand konstitutiv. Ja, sie scheint geradezu eine Ordnungsvorgabe für die Evolution der ganzen Gemeinde gewesen zu sein. Dies ließe sich an ihrer Multifunktionalität auch *in puncto* Modernisierung leicht demonstrieren. Erwähnt seien etwa die gemeinsame Anschaffung von modernen landwirtschaftlichen Maschinen, die Einführung von Rebsorten und Zuchttieren. Heute sind die Nachbarschaften für das Funktionieren der Gesamtgemeinde völlig irrelevant. Alle auch traditionellen Funktionen, wie Brücken- und Straßenwartung, Nachtwache, Stauwehrbau und -pflege, Bebauung von Gemeinde- und Kirchenweingärten bis hin zum Unterhalt von landwirtschaftlichen Maschinen und Zuchtpflege von Tieren sind weggefallen. Dieser Funktionsverlust erschwert zwar die Identifikation der Sachsen mit dem Gemeinwesen Zendersch, gefährdet aber prinzipiell dessen Bestand nicht, da für den Ausfall funktionale Äquivalente abstrakterer Art geschaffen wurden.

Ein Bezug zur ethnischen Kirchengemeinde besteht jedoch heute noch, sowohl formell als auch informell. Die Nachbarschaften organisieren Arbeiten, die im Rahmen der Kirchengemeinde anfallen, sie gehen viermal pro Jahr relativ geschlossen zum Abendmahl, begleiten den Sarg eines Nachbarn und entsenden ihre Nachbarväter *ad hoc* mit beratender Stimme ins Presbyterium. Doch sie stellen auch für die Existenz der ethnischen Kirchengemeinde keine *conditio sine qua non* dar; sicher bilden sie auch keine Vorgabe etwa für eine weitere Differenzierung der Kirchengemeinde (Binder 1980: 114ff).

Doch wenn die Nachbarschaften in Zendersch schon keine Vorgabe mehr für Evolution sind, wie steht es mit der *Sozialisation und Integration* des einzelnen durch Vermittlung von spezifischen Werten und Normen? Zunächst, Werte und Normen waren bis Ende 1944 in der Gemeinde quasi universell und homogen sächsisch. Heute sind die sächsischen Werthaltungen und Verhaltensmaximen subkultureller Art. Die dominante Kultur in der Gesamtgemeinde ist rumänisch. Das bedeutet: Die sächsischen Normen und Werte erscheinen im Horizont anderer Möglichkeiten und damit nicht mehr als absolute Möglichkeit. Ihre Relationierung zur multi-ethnischen und differenzierten Umwelt hin impliziert ihre Relativierung. Da die Nachbarschaft nur höchst sporadisch in Erscheinung tritt, hat sie nicht mehr die Kraft zu begleiten, zu stützen, zu reglementieren und zu internalisieren. Pointiert könnte man formulieren: Wurde früher in Zendersch auch privates Verhalten wie öffentliches behandelt, so wird heute selbst öffentliches Verhalten unter den Sachsen nur privat bewertet.

Dementsprechend wird auch die dritte Funktion der Nachbarschaft, nämlich die *soziale Kontrolle* heute kaum noch durchgehalten. Da die Lebensstile und Lebensrhythmen – Pendlertum, Nachtschicht, Industrie, Landwirtschaft – different geworden sind, vermag eine selbst gewollte soziale Kontrolle nicht zu greifen. Ein Versöhnabend vor der Abendmahlsteilnahme als Konfliktregulation wie früher ist heute kaum denkbar, geschweige denn praktikabel. Beibehalten wurde zwar der alte Richttag am 6. bzw. 7. Februar, doch als institutionalisierte soziale Kontrolle fungiert er nicht mehr. Für die Lösung von Bestands-, Knappheits- und Dissensproblemen der Gesellschaft auf lokaler Basis trägt er höchstens informell etwas bei, nämlich via Pflege von Geselligkeit. Die soziale Kontrolle, z.B. im Blick auf pünktliches Erscheinen der Nachbarn zum Richttag, kann nicht einmal unmittelbar über die Verhängung von Sanktionen praktiziert werden. Erst recht gelingt sie nicht über zeitliche, räumliche und soziale Distanz. Lediglich der Name als Hülse ist geblieben, ansonsten haben sich alte Strukturen und Funktionen des Richttages bis zur Unkenntlichkeit gewandelt. Er ist die Jahresversammlung einer formalen sozialen Gruppe, bei der in der Regel 50 % der Mitglieder fehlen. Dem Jahresbericht folgen Entlastung, Neuwahlen und darauf geselliges Beisammensein mit allen Ehefrauen der Nachbarschaft.

LITERATUR

- BELL, Karl (Hrsg.), 1930: Siebenbürgen, Dresden.
 BINDER, Gerhard, 1980: Das Verhältnis der Nachbarschaften zur Kirche bei den Siebenbürger Sachsen, in: *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde* 3. (74.) Jg., S. 114 ff.
 BREPOHL, Wilhelm, 1957: Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen.

- FRONIUS, Franz Friedrich, 1883: Bilder aus dem Sächsischen Bauernleben, 2. Aufl., Wien.
- KLAGES, Helmut, 1958: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt (Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen Nr. 566), Köln/Opladen.
- KLAGES, Helmut, 1955: Der „Neighborhood-Unit-Plan“, seine Darstellung und empirische Untersuchungen über die Realisierbarkeit der mit ihm verbundenen Hoffnungen auf eine Beeinflussung des menschlichen Sozialverhaltens. Diss. Hamburg.
- KÖNIG, René (Hrsg.), 1958: Soziologie, Fischer-Lexikon Bd. 10, Frankfurt/M.
- MÜLLER, Georg Eduard, 1941: Stühle und Distrikte als Unterteilungen der Siebenbürgisch-Deutschen Nationsuniversität 1141-1876, Hermannstadt.
- PFEIL, Elisabeth, 1959: Nachbarkreis und Verkehrskreis in der Großstadt, in: *Daseinsformen der Großstadt*, Tübingen, S. 158 ff.
- ROTH, Stephan Ludwig, 1896: Der Geldmangel und die Verarmung in Siebenbürgen, besonders unter den Sachsen, in: Stephan Ludwig ROTHs Schriften, hrsg. v. F. Oberth, Bd. II, Wien.
- SATZUNG: Satzung der „Siebenbürger Hannschaft“ in Hertzen-Langenbochum, unveröff. Manuskript.
- SCHUBERT, Hans-Achim, 1980: Nachbarschaft und Modernisierung (Studia Transylvanica Bd. 6), Köln/Wien.
- SCHULER VON LIBLOY, Friedrich, 1862: Materialien zur siebenbürgischen Rechtsgeschichte – merkwürdige Municipal-Constitutionen der Siebenbürger Sekler und Sachsen. Zus. gestellt und teilweise ins Deutsche übersetzt sowie mit erklärenden Noten versehen. Hermannstadt.
- SCHULLER, Georg Adolf, 1922: Älteres Nachbarschaftswesen, in: *Siebenbürger Sachsen-Landschafts- und Kulturbilder, Sonderheft von Deutsches Vaterland, Österr. Zeitschr. f. Heimat u. Volk*, Wien, S. 112 ff.
- SCHULLER, Georg Adolf, 1906: Sächsische Nachbarschaftsordnungen – Groß-Schenker Statuten vom Jahre 1720, in: *Korrespondenzblatt des Vereins für siebenbürgische Landeskunde*. 29. Jg., S. 100 ff.; 116 ff.; 138 ff.; 155 ff.
- SCHULLERUS, Adolf, 1926: Siebenbürgisch-sächsische Volkskunde im Umriß, Leipzig.
- SCHUNN, Wilhelm, 1936: Die Nachbarschaften der Deutschen in Rumänien, Hermannstadt.
- TEUTSCH, Friedrich, 1922: Kirche und Schule der Siebenbürger Sachsen in Vergangenheit und Gegenwart, Hermannstadt.
- TEUTSCH, Georg Daniel, 1925: Generalkirchensitationsberichte, Hermannstadt.
- WEBER, Georg, 1968: Beharrung und Einfügung, eine empirisch-soziologische Analyse dreier Siedlungen (Studia Transylvanica Bd. 1), Köln/Graz.
- WEBER, Georg u. Renate, 1982: Zendersch – eine siebenbürgische Gemeinde im Wandel, München.
- WEBER, Max, 1956: Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. v. Johannes Winckelmann, 1. Hbd., Tübingen, 4. Aufl.
- WITTSTOCK, Oskar, 1928: Die Nachbarschaft, in: *Bilder aus der Kulturgeschichte der Siebenbürger Sachsen*, hrsg. v. Friedrich Teutsch, Bd. I, Hermannstadt, S. 363 ff.
- WURZBACHER, Gerhard u.a., 1954: Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart.
- ZAPF, Wolfgang (Hrsg.), 1971: Theorien des sozialen Wandels, 3. Aufl., Köln/Berlin.
- ZENDER, Matthias, 1977: Gestalt und Wandel der Nachbarschaft im Rheinland, in: ders. *Gestalt und Wandel*, Bonn, S. 212 ff.
- ZIMMERMANN, Franz, 1885: Die Nachbarschaften, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Stadtverfassung und -verwaltung in Siebenbürgen, in: *Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde* N.F. XX, S. 47 ff.

On the Change of the Structure and the Function of Transylvanian-Saxon Neighborhood in Rumania and West Germany

I. In Transylvania, the 'neighborhood' ('Nachbarschaft') is an institution that looks back upon 800 years of history. It was probably brought to Transylvania by the first Saxon settlers and was afterwards modified. Until 1944 it formed an integral part of each Transylvanian-Saxon local community; in the latter half of the 19th century it had found its organizational form within the ethnic parochial community as an institution which linked together clerical and secular life. Its organization was built upon the territorial principle: 15 to 18 rural neighbors or 100 to 120 urban families living close together formed a neighborhood. Membership of it rested on a kind of 'social compulsion'; a male and married neighbor who excluded himself or was excluded by the others endangered his social and economic existence. The neighborhood was not just a common interest community, but rather a community of life. Its functional structure and the structure of its social control displayed the same hierarchical-patriarchal character as the society in which it existed. Authority was monopolized with the institutionalized bearers of leading functions, but it was controlled by the group through yearly or biennial elections.

Beginning with the 19th century, the age of nationalism, the neighborhood viewed itself more and more as instrumental in securing the continuity of the Transylvanian-Saxon legal, linguistic, and ethnic parochial community. Its functions of providing assistance, of communicating and enforcing social norms and values, and of exerting social control made it almost ubiquitous; thus it was indispensable for the solution of problems of existence, hardship, and dissent within the ethnic local community.

II. The neighborhoods in the suburban colonies of Oberhausen, Herten, and Setterich (West Germany) were established after 1953 on the model of the traditional Transylvanian neighborhoods. Their spatial structure corresponds essentially to that of their predecessors, although their territorial structure has expanded in the last 15 years as a result of the horizontal mobility of their members. However, these contemporary neighborhoods of Transylvanian emigrants in suburban colonies are no longer presided over by the clergy but by the executive board of the 'Landmannschaft' (ethnic organization). The local parishes view them as secular organizations, and the neighborhoods consider themselves unassociated with any church. The formal and organizational structure of these reestablished neighborhoods has remained virtually the same as that of the rural neighborhoods, with the exception of the introduction of female representation in the leadership. Whereas in Transylvania membership was acquired by birth and confirmed through social control, membership in the modern urban neighborhood has turned from a public to a private matter. Every individual is free to join or to leave his neighborhood, and his decision is respected and accepted by the others. Joining a neighborhood is no longer publicly remunerated nor is the leaving of it punished by sanctions. The former institution of the ethnic parochial community that included and controlled everybody has developed into a free ethnic association based on mutual interest; this modern suburban association can no longer provide an encompassing way of life, but can only occupy the 'ethnic sector' of their members. In theory, these associations are open to non-Transylvanians, but in practice they are an exclusive domain of ethnic Transylvanians living in Germany. In accordance with the transformation of the neighborhood from traditional institution to modern association, the power structure has changed from patriarchal to democratic-egalitarian principles. The functions of the modern neighborhoods have diminished dramatically on all levels. The impact of these functional changes and of the adoption of new

functions on the integration of Transylvanian emigrants into West German society should not be underestimated. In the long run, however, the neighborhoods will probably not be able to compete with the other 'educators' in a complex industrial society.

- III. In present-day Rumania, neighborhoods were re-established on the traditional model in the village of Zendersch in the early 1960s. Their territorial structure is unchanged and their inner structure modified only insignificantly. Membership is voluntary. The neighborhoods are neither institutions of the old kind nor associations, but formal social groups. They are no longer a part of the formal structure of the political community; formally and informally they are linked to the ethnic church congregation, but they are no longer constituent elements of either community. They are a mere subsystem of society on the local level. If they were abolished, neither the ethnic parochial nor the political community would be affected. This determines the social and functional relevance of the neighborhoods in Zendersch. Through the lack of societal support and the rapid changes of their social environment their functions have been drastically reduced and become arbitrary; only some rudimentary functions related to the ethnic parochial community have survived. Meanwhile, new socialist organizations offer functional equivalents for the former neighborhoods. As a generator and transmitter of norms and values and as an agent of social control the neighborhoods function only informally. Their contribution to the formation of reality and social identity is minimal.